

VERANSTALTUNGSBESCHREIBUNG

Internationale Unternehmensbesteuerung

› Prof. Dr. Sebastian Schanz | Universität Bayreuth

Stand: 25. September 2023

Link zum Dokument



1. Allgemeines 1
2. An wen richtet sich die Veranstaltung? 2
3. Welche Vorkenntnisse sind erforderlich? 2
4. Welche Inhalte werden vermittelt? 2
5. Wie groß sind Umfang und Gewichtung der Veranstaltung? 22
6. Welche Lehrmaterialien existieren zur Veranstaltung? 22
7. Welche Zusatzliteratur wird empfohlen? 22
8. Wie erfolgt der Leistungsnachweis? 23
9. Was sollte man sonst noch wissen? 23
10. Der Dozent 23

△ 1. Allgemeines

Das Modul »V 2-3 Internationale Unternehmensbesteuerung« gehört zum Modulbereich »B 2 Betriebswirtschaftslehre« und ist Teil des Masterstudiums Betriebswirtschaftslehre an der Universität Bayreuth. Die Veranstaltung wird z. Zt. im Wintersemester angeboten und wird im Rahmen zweier Blockveranstaltung in Form einer Vorlesung abgehalten. Die Veranstaltungstermine werden rechtzeitig vor Veranstaltungsbeginn im Dokument › »Termine« veröffentlicht.

Die Vorlesung wird durch laufende Übungseinheiten ergänzt. In der Übung werden die in der Vorlesung vermittelten Inhalte anhand von Übungsaufgaben und Fallbeispielen vertieft. Der Besuch beider Veranstaltungsbestand-

teile wird empfohlen, die Termine sowie Räumlichkeiten der Übung sind ebenfalls im Dokument › »Termine« einsehbar.

△ 2. An wen richtet sich die Veranstaltung?

Die Veranstaltung richtet sich an Studierende der Betriebswirtschaftslehre, die das Gebiet der Betriebswirtschaftlichen Steuerlehre vertieft studieren wollen sowie an Studierende, die vorhaben, ihre Abschlussarbeit im Bereich der (internationalen) Unternehmensbesteuerung zu schreiben.

△ 3. Welche Vorkenntnisse sind erforderlich?

Es werden die in den betriebswirtschaftlichen und volkswirtschaftlichen Grundlagenveranstaltungen vermittelten Kenntnisse vorausgesetzt. Die Veranstaltung baut auf den Inhalten der Veranstaltung (› »Grundlagen Unternehmensbesteuerung« des Bayreuther Bachelor-Studiengangs Betriebswirtschaftslehre) auf. Vertiefte Kenntnisse der Betriebswirtschaftlichen Steuerlehre (z. B. › »Vertiefung Unternehmensbesteuerung« des Bayreuther Bachelor-Studiengangs Betriebswirtschaftslehre) sind empfohlen.

△ 4. Welche Inhalte werden vermittelt?

LERNZIELE Mit Öffnung der nationalen Grenzen entstehen steuerbedingte Verzerrungen grenzüberschreitender wirtschaftlicher Aktivitäten. Diese Verzerrungen können bspw. durch Doppelbesteuerung und Steuerbelastungsdifferenzen zwischen den Staaten entstehen. Den Studierenden werden die Instrumente zur Quantifizierung dieser Verzerrungen und die Kenntnisse zur Entwicklung legaler steuerlicher Gestaltungsmaßnahmen unter Ausnutzung des geltenden Rechts zur Optimierung der Steuerbelastung der Zensiten mitgegeben. Sie sind nach Abschluss der Veranstaltung in der Lage, grenzüberschreitende ertrag-, substanz- und verkehrsteuerliche Sachverhalte vor dem Hintergrund internationaler (insbesondere europäischer) steuerlicher Rahmenbedingungen einzuordnen und hinsichtlich etwaiger Verzerrungswirkungen und Gestaltungsmöglichkeiten zu würdigen.

LERNINHALTE

- Ausgangsfragen der internationalen Unternehmensbesteuerung
- Ansatzpunkte zur Lösung des Doppelbesteuerungsproblems
- Rechtsquellen der internationalen Besteuerung
- Auslandsbezug in allgemeinen deutschen Steuergesetzen
- Außensteuergesetz
- Doppelbesteuerungsabkommen (anhand des OECD-Musterabkommens)
- Europarecht, insbesondere Rechtsprechung des EuGH
- steuerbedingte Gestaltung internationaler Sachverhalte
- Standortwahl und Steuerbelastungsvergleich
- Organisationsstruktur internationaler Geschäftsbeziehungen
- Erfolgsverlagerung und Finanzierungsgestaltung
- Erfolgs- und Vermögensabgrenzung

GLIEDERUNG

Die nachstehende detaillierte GLIEDERUNG der Veranstaltung folgt HAASE (2011). Vgl. dazu Abschnitt 6. auf Seite 22.

- | | |
|--|--|
| <p>§ 1 Die internationale Dimension des Steuerrechts</p> <p>A. Einführung</p> <p>B. Grundlagen</p> <p>I. Begriffsbestimmungen</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Regelungsgegenstand des Internationalen Steuerrechts 2. Regelungsgegenstand des Europäischen Steuerrechts 3. Strukturprinzipien im Internationalen Steuerrecht 4. Doppelbesteuerung als Grundproblem <ol style="list-style-type: none"> a) Ursachen b) Erscheinungsformen <ol style="list-style-type: none"> aa) Juristische Doppelbesteuerung bb) Wirtschaftliche Doppelbesteuerung cc) Virtuelle Doppelbesteuerung c) Maßnahmen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung <p>I. Rechtsquellen</p> <p>C. Begründung, Ausschluss und Beschränkung des Besteuerungsrechts</p> <p>I. Allgemeiner Verstrickungs- und Entstrickungstatbestand</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Verstrickung bei Begründung des Besteuerungsrechts 2. Entstrickung bei Ausschluss/Beschränkung des Besteuerungsrechts <p>II. Wegzugsbesteuerung bei natürlichen Personen (§ 6 AStG)</p> | <ol style="list-style-type: none"> 1. Tatbestand 2. Rechtsfolge <p>III. Entstrickung und Schlussbesteuerung bei Körperschaften (§ 12 KStG)</p> <p>IV. Verstrickung und Entstrickung bei Kapitalgesellschaftsanteilen (§ 17 EStG)</p> <p>V. Exkurs: Entstrickung bei Umwandlungsvorgängen</p> <p>D. Prüfungsreihenfolge bei internationalen Sachverhalten</p> <p>§ 2 Die unbeschränkte Steuerpflicht im Ertragsteuerrecht</p> <p>A. Persönliche Steuerpflicht</p> <p>I. Einkommensteuer</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Unbeschränkte Steuerpflicht (§ 1 Abs. 1 EStG) <ol style="list-style-type: none"> a) Natürliche Personen b) Inland c) Wohnsitz (§ 8 AO) d) Gewöhnlicher Aufenthalt (§ 9 AO) 2. Erweiterte unbeschränkte Steuerpflicht (§ 1 Abs. 2 EStG) <ol style="list-style-type: none"> a) Deutsche Staatsangehörige b) Angehörige (§ 15 AO) c) Zusätzlich: beschränkte Steuerpflicht im Ansässigkeitsstaat 3. Unbeschränkte Steuerpflicht auf Antrag (§ 1 Abs. 3 EStG) 4. Ergänzungstatbestand für EU- und EWR-Familienangehörige <p>II. Körperschaftsteuer</p> |
|--|--|

- | | |
|--|---|
| <ol style="list-style-type: none"> 1. Unbeschränkte Steuerpflicht (§ 1 Abs. 1 KStG) <ol style="list-style-type: none"> a) Körperschaften/Personenvereinigungen/ Vermögensmassen b) Inland (§ 1 Abs. 3 KStG) c) Geschäftsleitung (§ 10 AO) d) Sitz (§ 11 AO) 2. Ausländische Rechtsgebilde <ol style="list-style-type: none"> a) Gesellschaftsrechtliche Vorfragen b) Einordnung in den Kanon des § 1 Abs. 1 KStG <p>III. Gewerbesteuer</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Besondere Terminologie des Gewerbesteuerrechts 2. Gewerbetreibende als Steuersubjekte <p>B. Sachliche Steuerpflicht</p> <p>I. Grundlegendes zum Besteuerungsumfang</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Einkommensteuer <ol style="list-style-type: none"> a) Unbeschränkte Steuerpflicht (§ 1 Abs. 1 EStG) b) Erweiterte unbeschränkte Steuerpflicht (§ 1 Abs. 2 EStG) c) Unbeschränkte Steuerpflicht auf Antrag (§ 1 Abs. 3 EStG) 2. Körperschaftsteuer 3. Gewerbesteuer <ol style="list-style-type: none"> a) Beschränkung auf den stehenden inländischen Gewerbebetrieb b) Zum Erfordernis einer inländischen Betriebsstätte <ol style="list-style-type: none"> aa) Geschäftseinrichtung oder Anlage | <ol style="list-style-type: none"> bb) Feste Geschäftseinrichtung oder Anlage cc) Dem Unternehmen dienende feste Geschäftseinrichtung oder Anlage dd) Regelbeispiele <p>II. Die einzelnen Einkunftsarten bei der unbeschränkten Steuerpflicht</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Einkommensteuer <ol style="list-style-type: none"> a) Systematisierung der Einkünfte im Internationalen Steuerrecht b) Ausländische Einkünfte (§ 34d EStG) c) Besondere Besteuerungsregeln für im Ausland erzielte Einkünfte <ol style="list-style-type: none"> a) Einkommensermittlung und Währungsumrechnung b) Negative Einkünfte mit Auslandsbezug (§ 2a EStG) c) Verluste aus einer ausländischen Personengesellschaft (§ 15a EStG) d) Abzugsbeschränkungen bei steuerfreien Einkünften e) Wechsel zur beschränkten Steuerpflicht (et vice versa) 2. Körperschaftsteuer 3. Gewerbesteuer <ol style="list-style-type: none"> a) Vorbemerkungen b) Hinzurechnungsvorschriften bei grenzüberschreitenden Sachverhalten |
|--|---|

- aa) Streubesitzdividen- den ausländischer Körperschaften (§ 8 Nr. 5 GewStG)
 - bb) Anteile am Ver- lust ausländischer Personengesell- schaften (§ 8 Nr. 8 GewStG)
 - cc) Weitere Regelungen
 - c) Kürzungsvorschriften bei grenzüberschreitenden Sachverhalten
 - aa) Gewinnanteile aus- läндischer Perso- nengesellschaften (§ 9 Nr. 2 GewStG)
 - bb) Ausländischer Be- triebsstättengewinn und Gewinnantei- le ausländischer Kapitalgesellschaf- ten (§ 9 Nr. 3, 7, 8 GewStG).
- III. Unilaterale Methoden zur Vermei- dung der Doppelbesteuerung bei der unbeschränkten Steuerpflicht
1. Vorbemerkungen
 2. Einkommensteuer
 - a) Zentralnorm des § 34c EStG - Grundlegendes
 - b) Spezialnorm des § 32d Abs. 5 EStG Grundlegen- des
 - c) Anrechnung ausläндischer Steuern (§ 34c Abs. 1 EStG)
 - aa) Unbeschränkt Steu- erpflichtige und Steuersubjektidenti- tät
 - bb) Ausländische Ein- künfte (§ 34d EStG)
 - cc) Belastung mit einer der deutschen Ein- kommensteuer ent- sprechenden Steuer
 - dd) Grenzen der Anrech- nung (§ 34c Abs. 1 Satz 1 HS 2, Satz 2 EStG)
 - d) Alternativer Steuerabzug (§ 34c Abs. 2 EStG)
 - e) Obligatorischer Steuerab- zug (§ 34c Abs. 3 EStG)
 - f) Steuerpauschalierung und Steuererlass (§ 34c Abs. 5 EStG)
 3. Körperschaftsteuer
 4. Gewerbesteuer
- § 3 Die beschränkte Steuerpflicht im Ertrag- steuerrecht
- A. Persönliche Steuerpflicht
 - I. Einkommensteuer
 1. Beschränkte Steuerpflicht (§ 1 Abs. 4 EStG)
 2. Erweiterte beschränkte Steu- erpflicht (§ 2 AStG)
 - a) Natürliche Person deut- scher Staatsangehörig- keit
 - b) Zehn-Jahres-Zeitraum und fünf Jahre unbe- schränkte Steuerpflicht
 - c) Wegfall der unbeschränk- ten Steuerpflicht
 - d) Fehlende inländische An- sässigkeit und niedrige Besteuerung
 - e) Wesentliche wirtschaftli- che Interessen im Inland (§ 2 Abs. 3 AStG)

- II. Körperschaftsteuer
 - 1. Beschränkte Steuerpflicht nach § 2 Nr. 1 KStG
 - 2. Steuerpflicht nach § 2 Nr. 2 KStG und § 3 Abs. 2 Satz 1 KStG
 - III. Gewebesteuer
 - B. Sachliche Steuerpflicht
 - I. Grundlegendes zum Besteuerungsumfang
 - 1. Einkommensteuer
 - a) Beschränkte Steuerpflicht (§ 1 Abs. 4 EStG)
 - aa) Vorbemerkungen
 - bb) Inländische Einkünfte (§ 49 EStG)
 - b) Erweiterte beschränkte Steuerpflicht (§ 2 AStG)
 - 2. Körperschaftsteuer
 - II. Besondere Besteuerungsregeln für beschränkt Steuerpflichtige
 - 1. Einkommensteuer
 - a) Isolierende Betrachtungsweise (§ 49 Abs. 2 EStG)
 - b) Steuererhebung an der Quelle (§ 50a EStG)
 - aa) Vorbemerkungen/Quellensteuerabzug bei nationalen Sachverhalten
 - bb) Tatbestände des Quellensteuerabzugs bei beschränkter Steuerpflicht
 - cc) Durchführung des Steuerabzugs
 - c) Zusammenfassung der Unterschiede zur unbeschränkten Steuerpflicht
 - 2. Körperschaftsteuer
 - III. Unilaterale Methoden zur Vermeidung der Doppelbesteuerung bei der beschränkten Steuerpflicht
 - 1. Vorbemerkungen
 - 2. Einkommensteuer (§ 50 Abs. 3 EStG)
 - 3. Körperschaftsteuer
- § 4 Gesetz über die Besteuerung bei Auslandsbeziehungen
- A. Überblick über die Regelungsbereiche
 - B. bei verbundenen Unternehmen
 - I. Grundprobleme der Verrechnungspreise und Fremdvergleichsgrundsatz
 - II. Rechtsgrundlagen für die Einkunftsberichtigung
 - 1. Allgemeine Korrekturvorschriften
 - 2. § 1 AStG als spezielle Korrektornorm bei Auslandsbeziehungen
 - a) Tatbestand
 - aa) Gewinnminderung bei einem Steuerpflichtigen
 - bb) Geschäftsbeziehung zum Ausland (§ 1 Abs. 5 AStG)
 - cc) Nahe stehende Person (§ 1 Abs. 2 AStG)
 - b) Rechtsfolge
 - 3. Rangfolge der Korrektornormen und praxistypische Fallkonstellationen
 - 4. Dokumentationsanforderungen und Mitwirkungspflichten
 - a) Problem der steuerlichen Erfassung grenzüberschreitender Sachverhalte

- b) Erweiterte Mitwirkungspflichten (§ 90 Abs. 3 AO)
- III. Methoden der Verrechnungspreisermittlung
 - 1. Überblick
 - 2. Die sog. Standardmethoden
 - a) Dritt- oder Preisvergleichsmethode
 - b) Kostenaufschlagsmethode
 - c) Wiederverkaufspreismethode
 - d) Rangfolge der Verrechnungspreismethoden
 - 3. Die sog. Funktionsanalyse als Mittel der Methodenwahl
 - a) Zuordnung von Funktionen und Risiken
 - b) Auswirkungen der Funktionsanalyse auf das steuerliche Ergebnis
- C. Die sog. Hinzurechnungsbesteuerung (§§ 7 ff. AStG)
 - I. Tatbestand der Hinzurechnungsbesteuerung
 - 1. Negative Anwendungsvoraussetzungen
 - a) Keine Scheingesellschaft nach § 41 AO
 - b) Keine Zurechnung nach § 39 AO
 - c) Kein Missbrauch rechtlicher Gestaltungsmöglichkeiten nach § 42 AO
 - d) Keine Anwendung des Investmentsteuergesetzes
 - 2. Die Tatbestandsmerkmale der Hinzurechnungsbesteuerung im Einzelnen
 - a) Qualifizierte Beteiligung unbeschränkt Steuerpflichtiger (§ 7 Abs. 1 AStG)
 - aa) Unbeschränkt Steuerpflichtige
 - bb) Ausländische Kapitalgesellschaft
 - cc) Mehr als hälftige Beteiligung (§ 7 Abs. 2 AStG)
 - b) Passive Tätigkeiten der Zwischengesellschaft
 - aa) Vorbemerkungen
 - bb) Überblick über den Katalogtatbestand des § 8 Abs. 1 AStG
 - cc) Darstellung der Regelungstechnik im Einzelnen
 - dd) Wechsel von passiver zu aktiver Tätigkeit und vice versa
 - ee) Veräußerungsgewinne
 - ff) Rangfolge der Tatbestände des § 8 Abs. 1 AStG
 - c) Niedrige Besteuerung der Zwischeneinkünfte
 - d) Motivtest bei EU/EWR-Zwischengesellschaften (§ 8 Abs. 2 AStG)
 - a) Rechtsfolgen/Technik der Hinzurechnung (§ 10 AStG)
 - b) Prüfungsschema zur Hinzurechnungsbesteuerung
 - c) Schulmäßig gelöstes Praxisbeispiel
 - d) Sondertatbestand für Familienstiftungen (§ 15 AStG)

§ 5 Das Recht der Doppelbesteuerungsabkommen

A. Aufbau und Anwendung von DBA

- I. Vorbemerkungen
- II. Revision von MA und MK 2008
- III. Funktion von Doppelbesteuerungsabkommen
- IV. Rechtsnatur, Zustandekommen und Geltungsrang
- V. Auslegungsmethoden
- VI. Systematik und Prüfungsreihenfolge

B. Struktur des OECD-Musterabkommens 2010

- I. Prüfung des Anwendungsbereiches
 1. Räumlicher Anwendungsbereich (Art. 29 OECD-MA)
 2. Zeitlicher Anwendungsbereich (Art. 30 f. OECD-MA)
 3. Sachlicher Anwendungsbereich (Art. 2 OECD-MA)
 4. Persönlicher Anwendungsbereich (Art. 1 OECD-MA)
 - a) Personen (Art. 3 OECD-MA)
 - b) Abkommensrechtliche Ansässigkeit (Art. 4 OECD-MA)
 - aa) Grundregeln
 - bb) Sonderfall Personengesellschaften
- II. Zuweisung der Besteuerungsrechte
 1. Rangfolge der Einkunftsartikel – Grundregeln
 2. Die einzelnen Einkunftsartikel
 - a) Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen (Art. 6 OECD-MA)

- aa) Erfasste Einkünfte
- bb) Zuweisung des Besteuerungsrechts
- b) Unternehmensgewinne (Art. 7 OECD-MA)
 - aa) Erfasste Einkünfte
 - bb) Zuweisung des Besteuerungsrechts
 - cc) Einkunftsabgrenzung zwischen Stammhaus und Betriebsstätte
 - dd) Sonderfall Personengesellschaften
- c) Seeschifffahrt, Binnenschifffahrt und Luftfahrt (Art. 8 OECD-MA)
 - aa) Erfasste Einkünfte
 - bb) Zuweisung des Besteuerungsrechts
- d) Verbundene Unternehmen (Art. 9 OECD-MA)
- e) Dividenden (Art. 10 OECD-MA)
 - aa) Erfasste Einkünfte
 - bb) Zuweisung des Besteuerungsrechts
- f) Zinsen (Art. 11 OECD-MA)
 - aa) Erfasste Einkünfte
 - bb) Zuweisung des Besteuerungsrechts
- g) Lizenzgebühren (Art. 12 OECD-MA)
 - aa) Erfasste Einkünfte
 - bb) Zuweisung des Besteuerungsrechts
- h) Veräußerungsgewinne (Art. 13 OECD-MA)
 - aa) Erfasste Einkünfte und Systematik

- bb) Zuweisung des Besteuerungsrechts
- i) Einkünfte aus unselbständiger Arbeit (Art. 15 OECD-MA)
 - aa) Erfasste Einkünfte und Systematik
 - bb) Zuweisung des Besteuerungsrechts
- j) Aufsichts-/Verwaltungsratsvergütungen (Art. 16 OECD-MA)
- k) Künstler und Sportler (Art. 17 OECD-MA)
- l) Ruhegehälter (Art. 18 OECD-MA)
- m) Öffentlicher Dienst (Art. 19 OECD-MA)
- n) Studenten (Art. 20 OECD-MA)
- o) Andere Einkünfte (Art. 21 OECD-MA)
- 3. Besteuerungsrechte bei Vermögen (Art. 22 OECD-MA)
- III. Die Anwendung des Methodenartikels
 - 1. Befreiungsmethode (Art. 23 A OECD-MA)
 - a) Wirkungsweise
 - b) Besondere Voraussetzungen für die Freistellung
 - c) Freistellung unter Progressionsvorbehalt
 - 2. Anrechnungsmethode (Art. 23 B OECD-MA)
 - a) Wirkungsweise
 - b) Durchführung der Anrechnung
 - 3. Problemfälle
 - a) Abschließende Zuweisung des Besteuerungsrechts an den Quellenstaat?
 - aa) Besondere DBA-Klauseln
 - bb) Unilaterale Regelungen
 - b) Dreiecksachverhalte
 - aa) Grundfall
 - bb) Sonderfall Personengesellschaften
- IV. Besondere Bestimmungen
 - 1. Gleichbehandlung (Art. 24 OECD-MA)
 - 2. Verständigungsverfahren (Art. 25 OECD-MA)
 - 3. Informationsaustausch/ Amtshilfe (Art. 26 und 27 OECD-MA)
- § 6 Europäisches Steuerrecht
 - A. Grundlagen
 - I. Europarecht und die Steuerrechtssouveränität der EU-Mitgliedsstaaten
 - 1. Indirekte Steuern
 - 2. Direkte Steuern
 - 3. Perspektiven
 - II. Anwendung und Auslegung des Gemeinschaftsrechts
 - 1. Grundsatz des Anwendungsvorrangs
 - 2. Auslegungsprinzipien
 - 3. Durchsetzung des Gemeinschaftsrechts
 - a) Europäischer Gerichtshof und Gericht Erster Instanz
 - b) Vorabentscheidungsverfahren (Art. 267 EAUV)
 - c) Die Rolle des Bundesverfassungsgerichts

- B. Europäisches Primärrecht: Die Grundfreiheiten
 - I. Prüfungsreihenfolge
 - II. Schutzbereich der Grundfreiheiten
 - 1. Allgemeine Grundfreiheitslehren
 - a) Adressat der Grundfreiheiten und persönlicher Anwendungsbereich
 - b) Sachlicher Anwendungsbereich
 - aa) (Wirtschaftliche) Betätigung im Anwendungsbereich einer Grundfreiheit
 - bb) Grenzüberschreitender Bezug
 - cc) Räumlicher Anwendungsbereich
 - 2. Die einzelnen Grundfreiheiten
 - a) Warenverkehrsfreiheit (Art. 28 ff. EAUV)
 - b) Arbeitnehmerfreizügigkeit (Art. 45 EAUV)
 - c) Niederlassungsfreiheit (Art. 49 und 54 EAUV)
 - d) Dienstleistungsfreiheit (Art. 56 ff. EAUV)
 - e) Kapitalverkehrsfreiheit (Art. 63 ff. EAUV)
 - 3. Rangverhältnisse zwischen den Grundfreiheiten und allgemeines Diskriminierungsverbot (Art. 18 EAUV)
 - 4. Verhältnis der Grundfreiheiten zum Abkommensrecht
 - III. Beeinträchtigung von Grundfreiheiten
 - 1. Grundfreiheiten als Diskriminierungsverbote
 - 2. Grundfreiheiten als Beschränkungsverbote
 - IV. Rechtfertigung von Beeinträchtigungen
 - 1. Vorbemerkungen
 - 2. Geschriebene Rechtfertigungsgründe des EAU-Vertrags
 - 3. Richterrechtlich entwickelte Rechtfertigungsgründe
 - a) Zwingende Gründe des Allgemeinwohls
 - b) Besonders wichtige Fallgruppen
 - aa) Abwehr von Steuerumgehungen
 - bb) Wirksamkeit der Steueraufsicht
 - cc) Kohärenz des Steuersystems
 - dd) Marks & Spencer und die Folgen
 - V. Verhältnismäßigkeitsprüfung
- C. Europäisches Sekundärrecht (im Bereich der direkten Steuern)
 - I. Fusionsrichtlinie
 - 1. Historie und Zwecksetzung
 - 2. Exkurs: Grundprinzipien von Umwandlungsvorgängen mit Auslandsbezug
 - II. Mutter/Tochter-Richtlinie
 - 1. Zwecksetzung
 - 2. Persönlicher Anwendungsbereich
 - 3. Sachlicher Anwendungsbereich
 - 4. Rechtsfolgen und Umsetzung in nationales deutsches Recht

- | | |
|---|--|
| <ul style="list-style-type: none"> III. Zinsrichtlinie <ul style="list-style-type: none"> 1. Zwecksetzung 2. Persönlicher Anwendungsbereich 3. Sachlicher Anwendungsbereich 4. Rechtsfolgen und Umsetzung in nationales deutsches Recht IV. Zins/Lizenzgebühren-Richtlinie <ul style="list-style-type: none"> 1. Zwecksetzung 2. Persönlicher Anwendungsbereich 3. Sachlicher Anwendungsbereich 4. Rechtsfolgen und Umsetzung in nationales deutsches Recht | <ul style="list-style-type: none"> pflicht (§ 2 Abs. 1 Nr. 1 und 2 ErbStG) bb) Beschränkte Steuerpflicht (§ 2 Abs. 1 Nr. 3 ErbStG) cc) Erweiterte beschränkte Steuerpflicht (§ 4 AStG) 2. Maßnahmen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung <ul style="list-style-type: none"> a) Unilaterale Maßnahmen b) Bilaterale Maßnahmen |
| <p>§ 7 Substanz- und Verkehrsteuern und Doppelbesteuerung</p> <ul style="list-style-type: none"> A. Vorbemerkungen B. Substanzsteuern <ul style="list-style-type: none"> I. Erbschaft- und Schenkungsteuer <ul style="list-style-type: none"> 1. Steuergegenstand und Anknüpfungsmerkmale für die Besteuerung <ul style="list-style-type: none"> a) Persönliche Steuerpflicht <ul style="list-style-type: none"> aa) (Erweiterte) Unbeschränkte Steuerpflicht (§ 2 Abs. 1 Nr. 1 und 2 ErbStG) bb) Beschränkte Steuerpflicht (§ 2 Abs. 1 Nr. 3 ErbStG) cc) Erweiterte beschränkte Steuerpflicht (§ 4 AStG) b) Sachliche Steuerpflicht <ul style="list-style-type: none"> aa) (Erweiterte) Unbeschränkte Steuer- | <ul style="list-style-type: none"> II. Grundsteuer <ul style="list-style-type: none"> 1. Steuergegenstand und Anknüpfungsmerkmale für die Besteuerung 2. Maßnahmen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung <ul style="list-style-type: none"> a) Unilaterale Maßnahmen b) Bilaterale Maßnahmen C. Verkehrsteuern <ul style="list-style-type: none"> I. Umsatzsteuer <ul style="list-style-type: none"> 1. Steuergegenstand und Anknüpfungsmerkmale für die Besteuerung 2. Maßnahmen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung <ul style="list-style-type: none"> a) Unilaterale Maßnahmen b) Bilaterale Maßnahmen II. Grunderwerbsteuer <ul style="list-style-type: none"> 1. Steuergegenstand und Anknüpfungsmerkmale für die Besteuerung 2. Maßnahmen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung <ul style="list-style-type: none"> a) Unilaterale Maßnahmen b) Bilaterale Maßnahmen 3. Versicherungsteuer |

GLIEDERUNG

Die nachstehende detaillierte GLIEDERUNG der Veranstaltung folgt HAASE (2011). Vgl. dazu Abschnitt 6. auf Seite 22.

- | | |
|---|--|
| <ul style="list-style-type: none"> § 1 Die internationale Dimension des Steuerrechts <ul style="list-style-type: none"> A. Einführung B. Grundlagen <ul style="list-style-type: none"> I. Begriffsbestimmungen <ul style="list-style-type: none"> 1. Regelungsgegenstand des Internationalen Steuerrechts 2. Regelungsgegenstand des Europäischen Steuerrechts 3. Strukturprinzipien im Internationalen Steuerrecht 4. Doppelbesteuerung als Grundproblem <ul style="list-style-type: none"> a) Ursachen b) Erscheinungsformen <ul style="list-style-type: none"> aa) Juristische Doppelbesteuerung bb) Wirtschaftliche Doppelbesteuerung cc) Virtuelle Doppelbesteuerung c) Maßnahmen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung I. Rechtsquellen C. Begründung, Ausschluss und Beschränkung des Besteuerungsrechts <ul style="list-style-type: none"> I. Allgemeiner Verstrickungs- und Entstrickungstatbestand <ul style="list-style-type: none"> 1. Verstrickung bei Begründung des Besteuerungsrechts 2. Entstrickung bei Ausschluss/Beschränkung des Besteuerungsrechts II. Wegzugsbesteuerung bei natürlichen Personen (§ 6 AStG) | <ul style="list-style-type: none"> 1. Tatbestand 2. Rechtsfolge III. Entstrickung und Schlussbesteuerung bei Körperschaften (§ 12 KStG) IV. Verstrickung und Entstrickung bei Kapitalgesellschaftsanteilen (§ 17 EStG) V. Exkurs: Entstrickung bei Umwandlungsvorgängen D. Prüfungsreihenfolge bei internationalen Sachverhalten <p>§ 2 Die unbeschränkte Steuerpflicht im Ertragsteuerrecht</p> <ul style="list-style-type: none"> A. Persönliche Steuerpflicht <ul style="list-style-type: none"> I. Einkommensteuer <ul style="list-style-type: none"> 1. Unbeschränkte Steuerpflicht (§ 1 Abs. 1 EStG) <ul style="list-style-type: none"> a) Natürliche Personen b) Inland c) Wohnsitz (§ 8 AO) d) Gewöhnlicher Aufenthalt (§ 9 AO) 2. Erweiterte unbeschränkte Steuerpflicht (§ 1 Abs. 2 EStG) <ul style="list-style-type: none"> a) Deutsche Staatsangehörige b) Angehörige (§ 15 AO) c) Zusätzlich: beschränkte Steuerpflicht im Ansässigkeitsstaat 3. Unbeschränkte Steuerpflicht auf Antrag (§ 1 Abs. 3 EStG) 4. Ergänzungstatbestand für EU- und EWR-Familienangehörige II. Körperschaftsteuer |
|---|--|

- | | |
|---|--|
| <ul style="list-style-type: none"> 1. Unbeschränkte Steuerpflicht (§ 1 Abs. 1 KStG) <ul style="list-style-type: none"> a) Körperschaften/Personenvereinigungen/ Vermögensmassen b) Inland (§ 1 Abs. 3 KStG) c) Geschäftsleitung (§ 10 AO) d) Sitz (§ 11 AO) 2. Ausländische Rechtsgebilde <ul style="list-style-type: none"> a) Gesellschaftsrechtliche Vorfragen b) Einordnung in den Kanon des § 1 Abs. 1 KStG III. Gewerbesteuer <ul style="list-style-type: none"> 1. Besondere Terminologie des Gewerbesteuerrechts 2. Gewerbetreibende als Steuer-subjekte B. Sachliche Steuerpflicht <ul style="list-style-type: none"> I. Grundlegendes zum Besteuerungsumfang <ul style="list-style-type: none"> 1. Einkommensteuer <ul style="list-style-type: none"> a) Unbeschränkte Steuerpflicht (§ 1 Abs. 1 EStG) b) Erweiterte unbeschränkte Steuerpflicht (§ 1 Abs. 2 EStG) c) Unbeschränkte Steuerpflicht auf Antrag (§ 1 Abs. 3 EStG) 2. Körperschaftsteuer 3. Gewerbesteuer <ul style="list-style-type: none"> a) Beschränkung auf den stehenden inländischen Gewerbebetrieb b) Zum Erfordernis einer inländischen Betriebsstätte <ul style="list-style-type: none"> aa) Geschäftseinrichtung oder Anlage | <ul style="list-style-type: none"> bb) Feste Geschäftseinrichtung oder Anlage cc) Dem Unternehmen dienende feste Geschäftseinrichtung oder Anlage dd) Regelbeispiele II. Die einzelnen Einkunftsarten bei der unbeschränkten Steuerpflicht <ul style="list-style-type: none"> 1. Einkommensteuer <ul style="list-style-type: none"> a) Systematisierung der Einkünfte im Internationalen Steuerrecht b) Ausländische Einkünfte (§ 34d EStG) c) Besondere Besteuerungsregeln für im Ausland erzielte Einkünfte <ul style="list-style-type: none"> a) Einkommensermittlung und Währungsumrechnung b) Negative Einkünfte mit Auslandsbezug (§ 2a EStG) c) Verluste aus einer ausländischen Personengesellschaft (§ 15a EStG) d) Abzugsbeschränkungen bei steuerfreien Einkünften e) Wechsel zur beschränkten Steuerpflicht (et vice versa) 2. Körperschaftsteuer 3. Gewerbesteuer <ul style="list-style-type: none"> a) Vorbemerkungen b) Hinzurechnungsvorschriften bei grenzüberschreitenden Sachverhalten |
|---|--|

- aa) Streubesitzdividen- den ausländischer Körperschaften (§ 8 Nr. 5 GewStG)
 - bb) Anteile am Ver- lust ausländischer Personengesell- schaften (§ 8 Nr. 8 GewStG)
 - cc) Weitere Regelungen
 - c) Kürzungsvorschriften bei grenzüberschreitenden Sachverhalten
 - aa) Gewinnanteile aus- läндischer Perso- nengesellschaften (§ 9 Nr. 2 GewStG)
 - bb) Ausländischer Be- triebsstättengewinn und Gewinnantei- le ausländischer Kapitalgesellschaf- ten (§ 9 Nr. 3, 7, 8 GewStG).
- III. Unilaterale Methoden zur Vermei- dung der Doppelbesteuerung bei der unbeschränkten Steuerpflicht
1. Vorbemerkungen
 2. Einkommensteuer
 - a) Zentralnorm des § 34c EStG - Grundlegendes
 - b) Spezialnorm des § 32d Abs. 5 EStG Grundlegen- des
 - c) Anrechnung ausläндischer Steuern (§ 34c Abs. 1 EStG)
 - aa) Unbeschränkt Steu- erpflichtige und Steuersubjektidenti- tät
 - bb) Ausländische Ein- künfte (§ 34d EStG)
 - cc) Belastung mit einer der deutschen Ein- kommensteuer ent- sprechenden Steuer
 - dd) Grenzen der Anrech- nung (§ 34c Abs. 1 Satz 1 HS 2, Satz 2 EStG)
 - d) Alternativer Steuerabzug (§ 34c Abs. 2 EStG)
 - e) Obligatorischer Steuerab- zug (§ 34c Abs. 3 EStG)
 - f) Steuerpauschalierung und Steuererlass (§ 34c Abs. 5 EStG)
 3. Körperschaftsteuer
 4. Gewerbesteuer
- § 3 Die beschränkte Steuerpflicht im Ertrag- steuerrecht
- A. Persönliche Steuerpflicht
- I. Einkommensteuer
 1. Beschränkte Steuerpflicht (§ 1 Abs. 4 EStG)
 2. Erweiterte beschränkte Steu- erpflicht (§ 2 AStG)
 - a) Natürliche Person deut- scher Staatsangehörig- keit
 - b) Zehn-Jahres-Zeitraum und fünf Jahre unbe- schränkte Steuerpflicht
 - c) Wegfall der unbeschränk- ten Steuerpflicht
 - d) Fehlende inländische An- sässigkeit und niedrige Besteuerung
 - e) Wesentliche wirtschaftli- che Interessen im Inland (§ 2 Abs. 3 AStG)

- II. Körperschaftsteuer
 - 1. Beschränkte Steuerpflicht nach § 2 Nr. 1 KStG
 - 2. Steuerpflicht nach § 2 Nr. 2 KStG und § 3 Abs. 2 Satz 1 KStG
 - III. Gewebesteuer
 - B. Sachliche Steuerpflicht
 - I. Grundlegendes zum Besteuerungsumfang
 - 1. Einkommensteuer
 - a) Beschränkte Steuerpflicht (§ 1 Abs. 4 EStG)
 - aa) Vorbemerkungen
 - bb) Inländische Einkünfte (§ 49 EStG)
 - b) Erweiterte beschränkte Steuerpflicht (§ 2 AStG)
 - 2. Körperschaftsteuer
 - II. Besondere Besteuerungsregeln für beschränkt Steuerpflichtige
 - 1. Einkommensteuer
 - a) Isolierende Betrachtungsweise (§ 49 Abs. 2 EStG)
 - b) Steuererhebung an der Quelle (§ 50a EStG)
 - aa) Vorbemerkungen/Quellensteuerabzug bei nationalen Sachverhalten
 - bb) Tatbestände des Quellensteuerabzugs bei beschränkter Steuerpflicht
 - cc) Durchführung des Steuerabzugs
 - c) Zusammenfassung der Unterschiede zur unbeschränkten Steuerpflicht
 - 2. Körperschaftsteuer
 - III. Unilaterale Methoden zur Vermeidung der Doppelbesteuerung bei der beschränkten Steuerpflicht
 - 1. Vorbemerkungen
 - 2. Einkommensteuer (§ 50 Abs. 3 EStG)
 - 3. Körperschaftsteuer
- § 4 Gesetz über die Besteuerung bei Auslandsbeziehungen
- A. Überblick über die Regelungsbereiche
 - B. bei verbundenen Unternehmen
 - I. Grundprobleme der Verrechnungspreise und Fremdvergleichsgrundsatz
 - II. Rechtsgrundlagen für die Einkunftsberichtigung
 - 1. Allgemeine Korrekturvorschriften
 - 2. § 1 AStG als spezielle Korrektornorm bei Auslandsbeziehungen
 - a) Tatbestand
 - aa) Gewinnminderung bei einem Steuerpflichtigen
 - bb) Geschäftsbeziehung zum Ausland (§ 1 Abs. 5 AStG)
 - cc) Nahe stehende Person (§ 1 Abs. 2 AStG)
 - b) Rechtsfolge
 - 3. Rangfolge der Korrektornormen und praxistypische Fallkonstellationen
 - 4. Dokumentationsanforderungen und Mitwirkungspflichten
 - a) Problem der steuerlichen Erfassung grenzüberschreitender Sachverhalte

- b) Erweiterte Mitwirkungspflichten (§ 90 Abs. 3 AO)
- III. Methoden der Verrechnungspreisermittlung
 - 1. Überblick
 - 2. Die sog. Standardmethoden
 - a) Dritt- oder Preisvergleichsmethode
 - b) Kostenaufschlagsmethode
 - c) Wiederverkaufspreismethode
 - d) Rangfolge der Verrechnungspreismethoden
 - 3. Die sog. Funktionsanalyse als Mittel der Methodenwahl
 - a) Zuordnung von Funktionen und Risiken
 - b) Auswirkungen der Funktionsanalyse auf das steuerliche Ergebnis
- C. Die sog. Hinzurechnungsbesteuerung (§§ 7 ff. AStG)
 - I. Tatbestand der Hinzurechnungsbesteuerung
 - 1. Negative Anwendungsvoraussetzungen
 - a) Keine Scheingesellschaft nach § 41 AO
 - b) Keine Zurechnung nach § 39 AO
 - c) Kein Missbrauch rechtlicher Gestaltungsmöglichkeiten nach § 42 AO
 - d) Keine Anwendung des Investmentsteuergesetzes
 - 2. Die Tatbestandsmerkmale der Hinzurechnungsbesteuerung im Einzelnen
 - a) Qualifizierte Beteiligung unbeschränkt Steuerpflichtiger (§ 7 Abs. 1 AStG)
 - aa) Unbeschränkt Steuerpflichtige
 - bb) Ausländische Kapitalgesellschaft
 - cc) Mehr als hälftige Beteiligung (§ 7 Abs. 2 AStG)
 - b) Passive Tätigkeiten der Zwischengesellschaft
 - aa) Vorbemerkungen
 - bb) Überblick über den Katalogtatbestand des § 8 Abs. 1 AStG
 - cc) Darstellung der Regelungstechnik im Einzelnen
 - dd) Wechsel von passiver zu aktiver Tätigkeit und vice versa
 - ee) Veräußerungsgewinne
 - ff) Rangfolge der Tatbestände des § 8 Abs. 1 AStG
 - c) Niedrige Besteuerung der Zwischeneinkünfte
 - d) Motivtest bei EU/EWR-Zwischengesellschaften (§ 8 Abs. 2 AStG)
 - a) Rechtsfolgen/Technik der Hinzurechnung (§ 10 AStG)
 - b) Prüfungsschema zur Hinzurechnungsbesteuerung
 - c) Schulmäßig gelöstes Praxisbeispiel
 - d) Sondertatbestand für Familienstiftungen (§ 15 AStG)

§ 5 Das Recht der Doppelbesteuerungsabkommen

A. Aufbau und Anwendung von DBA

- I. Vorbemerkungen
- II. Revision von MA und MK 2008
- III. Funktion von Doppelbesteuerungsabkommen
- IV. Rechtsnatur, Zustandekommen und Geltungsrang
- V. Auslegungsmethoden
- VI. Systematik und Prüfungsreihenfolge

B. Struktur des OECD-Musterabkommens 2010

- I. Prüfung des Anwendungsbereiches
 1. Räumlicher Anwendungsbereich (Art. 29 OECD-MA)
 2. Zeitlicher Anwendungsbereich (Art. 30 f. OECD-MA)
 3. Sachlicher Anwendungsbereich (Art. 2 OECD-MA)
 4. Persönlicher Anwendungsbereich (Art. 1 OECD-MA)
 - a) Personen (Art. 3 OECD-MA)
 - b) Abkommensrechtliche Ansässigkeit (Art. 4 OECD-MA)
 - aa) Grundregeln
 - bb) Sonderfall Personengesellschaften
- II. Zuweisung der Besteuerungsrechte
 1. Rangfolge der Einkunftsartikel – Grundregeln
 2. Die einzelnen Einkunftsartikel
 - a) Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen (Art. 6 OECD-MA)

- aa) Erfasste Einkünfte
- bb) Zuweisung des Besteuerungsrechts
- b) Unternehmensgewinne (Art. 7 OECD-MA)
 - aa) Erfasste Einkünfte
 - bb) Zuweisung des Besteuerungsrechts
 - cc) Einkunftsabgrenzung zwischen Stammhaus und Betriebsstätte
 - dd) Sonderfall Personengesellschaften
- c) Seeschifffahrt, Binnenschifffahrt und Luftfahrt (Art. 8 OECD-MA)
 - aa) Erfasste Einkünfte
 - bb) Zuweisung des Besteuerungsrechts
- d) Verbundene Unternehmen (Art. 9 OECD-MA)
- e) Dividenden (Art. 10 OECD-MA)
 - aa) Erfasste Einkünfte
 - bb) Zuweisung des Besteuerungsrechts
- f) Zinsen (Art. 11 OECD-MA)
 - aa) Erfasste Einkünfte
 - bb) Zuweisung des Besteuerungsrechts
- g) Lizenzgebühren (Art. 12 OECD-MA)
 - aa) Erfasste Einkünfte
 - bb) Zuweisung des Besteuerungsrechts
- h) Veräußerungsgewinne (Art. 13 OECD-MA)
 - aa) Erfasste Einkünfte und Systematik

- bb) Zuweisung des Besteuerungsrechts
- i) Einkünfte aus unselbständiger Arbeit (Art. 15 OECD-MA)
 - aa) Erfasste Einkünfte und Systematik
 - bb) Zuweisung des Besteuerungsrechts
- j) Aufsichts-/Verwaltungsratsvergütungen (Art. 16 OECD-MA)
- k) Künstler und Sportler (Art. 17 OECD-MA)
- l) Ruhegehälter (Art. 18 OECD-MA)
- m) Öffentlicher Dienst (Art. 19 OECD-MA)
- n) Studenten (Art. 20 OECD-MA)
- o) Andere Einkünfte (Art. 21 OECD-MA)
- 3. Besteuerungsrechte bei Vermögen (Art. 22 OECD-MA)
- III. Die Anwendung des Methodentitels
 - 1. Befreiungsmethode (Art. 23 A OECD-MA)
 - a) Wirkungsweise
 - b) Besondere Voraussetzungen für die Freistellung
 - c) Freistellung unter Progressionsvorbehalt
 - 2. Anrechnungsmethode (Art. 23 B OECD-MA)
 - a) Wirkungsweise
 - b) Durchführung der Anrechnung
 - 3. Problemfälle
 - a) Abschließende Zuweisung des Besteuerungsrechts an den Quellenstaat?
 - aa) Besondere DBA-Klauseln
 - bb) Unilaterale Regelungen
 - b) Dreiecksachverhalte
 - aa) Grundfall
 - bb) Sonderfall Personengesellschaften
- IV. Besondere Bestimmungen
 - 1. Gleichbehandlung (Art. 24 OECD-MA)
 - 2. Verständigungsverfahren (Art. 25 OECD-MA)
 - 3. Informationsaustausch/ Amtshilfe (Art. 26 und 27 OECD-MA)
- § 6 Europäisches Steuerrecht
 - A. Grundlagen
 - I. Europarecht und die Steuerrechtssouveränität der EU-Mitgliedsstaaten
 - 1. Indirekte Steuern
 - 2. Direkte Steuern
 - 3. Perspektiven
 - II. Anwendung und Auslegung des Gemeinschaftsrechts
 - 1. Grundsatz des Anwendungsvorrangs
 - 2. Auslegungsprinzipien
 - 3. Durchsetzung des Gemeinschaftsrechts
 - a) Europäischer Gerichtshof und Gericht Erster Instanz
 - b) Vorabentscheidungsverfahren (Art. 267 EAUV)
 - c) Die Rolle des Bundesverfassungsgerichts

- B. Europäisches Primärrecht: Die Grundfreiheiten
 - I. Prüfungsreihenfolge
 - II. Schutzbereich der Grundfreiheiten
 - 1. Allgemeine Grundfreiheitslehren
 - a) Adressat der Grundfreiheiten und persönlicher Anwendungsbereich
 - b) Sachlicher Anwendungsbereich
 - aa) (Wirtschaftliche) Betätigung im Anwendungsbereich einer Grundfreiheit
 - bb) Grenzüberschreitender Bezug
 - cc) Räumlicher Anwendungsbereich
 - 2. Die einzelnen Grundfreiheiten
 - a) Warenverkehrsfreiheit (Art. 28 ff. EAUV)
 - b) Arbeitnehmerfreizügigkeit (Art. 45 EAUV)
 - c) Niederlassungsfreiheit (Art. 49 und 54 EAUV)
 - d) Dienstleistungsfreiheit (Art. 56 ff. EAUV)
 - e) Kapitalverkehrsfreiheit (Art. 63 ff. EAUV)
 - 3. Rangverhältnisse zwischen den Grundfreiheiten und allgemeines Diskriminierungsverbot (Art. 18 EAUV)
 - 4. Verhältnis der Grundfreiheiten zum Abkommensrecht
 - III. Beeinträchtigung von Grundfreiheiten
 - 1. Grundfreiheiten als Diskriminierungsverbote
 - 2. Grundfreiheiten als Beschränkungsverbote
 - IV. Rechtfertigung von Beeinträchtigungen
 - 1. Vorbemerkungen
 - 2. Geschriebene Rechtfertigungsgründe des EAU-Vertrags
 - 3. Richterrechtlich entwickelte Rechtfertigungsgründe
 - a) Zwingende Gründe des Allgemeinwohls
 - b) Besonders wichtige Fallgruppen
 - aa) Abwehr von Steuerumgehungen
 - bb) Wirksamkeit der Steueraufsicht
 - cc) Kohärenz des Steuersystems
 - dd) Marks & Spencer und die Folgen
 - V. Verhältnismäßigkeitsprüfung
- C. Europäisches Sekundärrecht (im Bereich der direkten Steuern)
 - I. Fusionsrichtlinie
 - 1. Historie und Zwecksetzung
 - 2. Exkurs: Grundprinzipien von Umwandlungsvorgängen mit Auslandsbezug
 - II. Mutter/Tochter-Richtlinie
 - 1. Zwecksetzung
 - 2. Persönlicher Anwendungsbereich
 - 3. Sachlicher Anwendungsbereich
 - 4. Rechtsfolgen und Umsetzung in nationales deutsches Recht

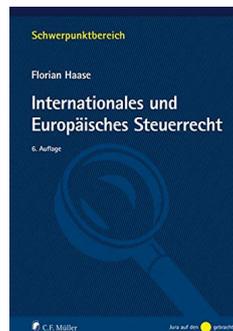
- | | |
|---|--|
| <ul style="list-style-type: none"> III. Zinsrichtlinie <ul style="list-style-type: none"> 1. Zwecksetzung 2. Persönlicher Anwendungsbereich 3. Sachlicher Anwendungsbereich 4. Rechtsfolgen und Umsetzung in nationales deutsches Recht IV. Zins/Lizenzgebühren-Richtlinie <ul style="list-style-type: none"> 1. Zwecksetzung 2. Persönlicher Anwendungsbereich 3. Sachlicher Anwendungsbereich 4. Rechtsfolgen und Umsetzung in nationales deutsches Recht | <ul style="list-style-type: none"> pflicht (§ 2 Abs. 1 Nr. 1 und 2 ErbStG) bb) Beschränkte Steuerpflicht (§ 2 Abs. 1 Nr. 3 ErbStG) cc) Erweiterte beschränkte Steuerpflicht (§ 4 AStG) 2. Maßnahmen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung <ul style="list-style-type: none"> a) Unilaterale Maßnahmen b) Bilaterale Maßnahmen |
| <p>§ 7 Substanz- und Verkehrsteuern und Doppelbesteuerung</p> <ul style="list-style-type: none"> A. Vorbemerkungen B. Substanzsteuern <ul style="list-style-type: none"> I. Erbschaft- und Schenkungsteuer <ul style="list-style-type: none"> 1. Steuergegenstand und Anknüpfungsmerkmale für die Besteuerung <ul style="list-style-type: none"> a) Persönliche Steuerpflicht <ul style="list-style-type: none"> aa) (Erweiterte) Unbeschränkte Steuerpflicht (§ 2 Abs. 1 Nr. 1 und 2 ErbStG) bb) Beschränkte Steuerpflicht (§ 2 Abs. 1 Nr. 3 ErbStG) cc) Erweiterte beschränkte Steuerpflicht (§ 4 AStG) b) Sachliche Steuerpflicht <ul style="list-style-type: none"> aa) (Erweiterte) Unbeschränkte Steuer- | <ul style="list-style-type: none"> II. Grundsteuer <ul style="list-style-type: none"> 1. Steuergegenstand und Anknüpfungsmerkmale für die Besteuerung 2. Maßnahmen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung <ul style="list-style-type: none"> a) Unilaterale Maßnahmen b) Bilaterale Maßnahmen C. Verkehrsteuern <ul style="list-style-type: none"> I. Umsatzsteuer <ul style="list-style-type: none"> 1. Steuergegenstand und Anknüpfungsmerkmale für die Besteuerung 2. Maßnahmen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung <ul style="list-style-type: none"> a) Unilaterale Maßnahmen b) Bilaterale Maßnahmen II. Grunderwerbsteuer <ul style="list-style-type: none"> 1. Steuergegenstand und Anknüpfungsmerkmale für die Besteuerung 2. Maßnahmen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung <ul style="list-style-type: none"> a) Unilaterale Maßnahmen b) Bilaterale Maßnahmen 3. Versicherungsteuer |

△ 5. Wie groß sind Umfang und Gewichtung der Veranstaltung?

Die Vorlesung umfasst zwei Semesterwochenstunden. Studierende im Master-Studiengang Betriebswirtschaftslehre erwerben mit Bestehen der Klausur 6 ECTS-Leistungspunkte. Studierende anderer Studienfächer entnehmen die Gewichtung der Veranstaltung für ihren Studiengang ihrer jeweiligen Prüfungsordnung.

△ 6. Welche Lehrmaterialien existieren zur Veranstaltung?

Der Dozent stellt einen Foliensatz zur Verfügung. Die Inhalte der Veranstaltung orientieren sich dabei an dem nachstehenden Lehrbuch:



Haase, Florian (2020): Internationales und Europäisches Steuerrecht, 6., neu bearbeitete Auflage, C. F. Müller, Heidelberg.

Darüber hinaus werden alle weiteren Informationen zum Download auf dem eLearning-Server der Universität Bayreuth (Moodle) bereitgestellt.

△ 7. Welche Zusatzliteratur wird empfohlen?

Literaturhinweise werden in der Veranstaltung genannt oder auf dem eLearning-Server angegeben.

Die nachfolgenden Lehrbücher sind für ein begleitendes Literaturstudium zu empfehlen:

Haase, Florian (2020): Internationales und Europäisches Steuerrecht, 6. Auflage, C. F. Müller, Heidelberg.

Wilke, Kay-Michael/Weber, Jörg-Andreas (2022): Lehrbuch Internationales Steuerrecht, 16. Auflage, NWB Verlag, Herne.

Jacobs, Otto H. (Begr.)/Endres, Dieter/Spengel, Christoph (Hrsg.) (2016): Internationale Unternehmensbesteuerung – Deutsche Investitionen im Ausland, Ausländische Investitionen im Inland, 8. Auflage, München.

△ 8. Wie erfolgt der Leistungsnachweis?

Es wird ein benoteter Leistungsnachweis auf Basis einer einstündigen Klausur erteilt. Der Klausurtermin wird rechtzeitig in CampusOnline veröffentlicht. **Eine Nachholklausur wird nicht angeboten.**

△ 9. Was sollte man sonst noch wissen?

Die Veranstaltung unterliegt keiner Teilnehmerbeschränkung. Formale Teilnahmevoraussetzungen bestehen nicht.

Die Veranstaltung ist empfohlene Voraussetzung für eine Seminar- oder Bachelor-/Masterarbeit im Bereich der (internationalen) Unternehmensbesteuerung und ist grundsätzlich im Rahmen des Master-Studiengangs Betriebswirtschaftslehre an der Universität Bayreuth vorgesehen.

△ 10. Der Dozent

Dr. Hans R. Weggenmann

ist Steuerberater und leitet seit 10 Jahren die Steuerberatung bei Rödl & Partner. In dieser Zeit hat er die Beratungspraxis in unterschiedlichsten Beratungsfeldern auf- und ausgebaut, so dass in nahezu allen Fachdisziplinen der Steuerberatung ein Angebot zur Verfügung steht, sei es für Transaktionen, Unternehmensnachfolgen, komplexe Umstrukturierungen oder im Bereich der Umsatzsteuer. Die digitale Transformation der Beratungslösungen steht dabei ebenso im Mittelpunkt. Er begleitet eine Vielzahl meist internationaler Steuerstrukturierungen. Namhafte international erfolgreiche Unternehmen und ihre Inhaber schätzen nicht nur seine Unterstützung als „Trusted Advisor“ in steuerlichen, sondern auch in komplexen Fragestellungen.

Dr. Weggenmann arbeitet seit 2003 bei Rödl & Partner. 2011 übernahm er die Bereichsleitung für die Steuerberatung, 2015 wurde er in das Leitungsgremium des Unternehmens berufen. Seine Promotion im Jahr 2002 wurde mit mehreren Preisen ausgezeichnet und gilt heute noch als Referenzwerk zu Personengesellschaften im Internationalen Steuerrecht.

Er kommentiert u.a. im Wassermeyer, DBA, im Wassermeyer/Schnittker/Richter zu Internationalen Personengesellschaften und ist Herausgeber eines Onlinekommentars zum Umwandlungssteuerrecht.

Dr. Weggenmann ist Mitglied des Präsidiums der Bayerischen Sektion der International Fiscal Association (IFA), Mitglied im Steuerfachausschuss des Instituts der Wirtschaftsprüfer (IDW), Beirat in steuerlichen Organisationen und Lehrbeauftragter an Universitäten.

Handelsblatt und Best Lawyers führen Dr. Weggenmann im Jahr 2023 als einen der **besten Experten Deutschlands im Steuerrecht**.



Dr. Hans R. Weggenmann

Direct

Tel. +49-911-91 93 1050

hans.weggenmann@roedl.de

<http://www.roedl.de>